

# Wirtschaftskorrespondenz FÜR POLEN

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis in Polen 4 Zloty im Ausland 2,00 Reichsmark monatlich ausschliesslich Bestellgeld freibleibend.

Redaktion, Verlag u. Administr.: Katowice, M. Piłsudsk. 27. Telefon 337-47, 337-48.

Organ der  
„Wirtschaftlichen Vereinigung  
für Polnisch-Schlesien“  
Chefredakteur: Dr. Franz Goldstein. Katowice.

Anzeigenpreis nach festem Tarif. Bei jeder Betreibung in Konkursen fällt jeglicher Rabatt fort.  
Erfüllungsort: Katowice, Wojewodschaft Schlesien.  
Bankverbindung: Deutsche Bank u. Diskontogesellschaft Katowice und Beuthen. — P. K. O. Nr. 304 238 Katowice.

Durch höhere Gewalt, Aufruhr, Streiks und deren Folgen hervorgerufene Betriebsstörungen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder Nachlieferung der Zeitung. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Jahrg. XII

Katowice, am 30. November 1935

Nr. 32

Dr. A. Gawlik:

## Der polnisch - deutsche Wirtschaftsvertrag

Der Wortlaut der am 4. November d. Js. von Polen und Deutschland unterzeichneten Abkommen ist im Dziennik Ustaw R. P. Nr. 83, Pos. 512 veröffentlicht worden. Die Abkommen bezwecken die Regelung des gesamten Warenverkehrs zwischen diesen beiden Ländern, sowie die Sicherung der Bezahlung des Exportes im Verrechnungswege.

Der Hauptvertrag, welcher die Bezeichnung Wirtschaftsabkommen zwischen der Republik Polen und dem Deutschen Reich trägt, ist bereits dem Sejm zur Ratifizierung vorgelegt worden; im einzelnen enthält dieser Bestimmungen über die Meistbegünstigungsklausel für die Erhebung von Zöllen und Transportgebühren, sowie die Durchführung der Zollformalitäten, die Behandlung der transit über das Gebiet des einen Staates in das des anderen eingeführten Waren, die Regelung der inneren Abgaben für die Erzeugung, Fertigstellung, oder den Verbrauch von Waren, die Nationalisierung der Waren, welche aus dritten Staaten stammen, Bestimmungen über Reisende, Proben, Muster und Verpackungen, Ursprungszeugnisse und unlauteren Wettbewerb.

Das Abkommen trägt den Charakter tarifloser Verträge, da die Zahl der besonders für die Waren des anderen Teils zuerkannten Zollermässigungen sehr gering ist. Polnischerseits wurden Zollermässigungen für lebende Gänse, (24 Mk. pro 100kg) und Rinder für Zuchtzwecke (10 Mk. pro 100 kg) erwirkt. Als Gegenleistung gewährt Polen Deutschland Zollermässigungen für deutsche Mineralheilmittel: Kissinger-, Rakoczybrunnen, Neuenahrer Sprudel, Salzbrunner Oberbrunnen, Salzbrunner Kronenquelle (6,00 zł. pro 100 kg). Münchner, Nürnberger, Kulmbacher, Würzburger, Dortmunder, Wuppertaler (Elberfelder), Berliner Exportbiere (18.— zł. pro 100 kg für die Dauer der Gültigkeit des polnisch-tschechischen Handelsvertrages vom 10. II. 1934), einige Hilfsmittel zur Herstellung von Gummiwaren, Papier aller Art im Quadratmetergewicht über 28 g, weiss gefärbt oder weiss lackiert, nicht gepresst (130.— zł. pro 100 kg), sowie einige Kinderspielsachen.

Anträge deutscher Firmen, betreffend die Aufnahme deutscher Spezialheilmittel in die Liste der zum Verkehr in Polen zugelassenen Spezialitäten werden, von den zuständigen Stellen in gleicher Weise behandelt werden, wie Anträge auf Zulassung von Spezialheilmitteln aus irgend einem meistbegünstigten Lande. Soweit die polnische Gesetzgebung dies zulässt, werden solche Heilmittel registriert werden. Die bereits vorliegenden diesbezüglichen Anträge deutscher Firmen sollen seitens der Kommission für die Registrierung von Spezialheilmitteln mit möglichster Beschleunigung geprüft werden.

Es besteht ferner Einverständnis darüber, dass bei Festsetzung der Verkaufspreise für deutsche registrierte Spezialmittel nicht anders verfahren wird, als bei der Festsetzung der Verkaufspreise für Spezialheilmittel aus irgendeinem meistbegünstigten Lande.

Der Vertrag bleibt bis zum 31. Oktober 1936 in Geltung. Falls er über diesen Termin hinaus weiter läuft, kann er künftig mit 3-monatiger Frist zum Ende eines Kalendervierteljahres gekündigt werden.

Sollten sich die Erwartungen nicht erfüllen, von denen die beiden vertragsschliessenden Teile beim Abschluss dieses Vertrages ausgegangen sind, oder sollte sich durch eine eingetretene ungünstige Entwicklung oder wegen von dem anderen Teil ergriffener Massnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet der andere Teil benachteiligt fühlen, so kann jeder der beiden vertragsschliessenden Teile unverzüglich Verhandlungen beantragen mit dem Ziele, Abhilfe zu schaffen. Sollten solche Verhandlungen im Laufe eines Monats, vom Tage des Eingangs des Antrages an gerechnet, nicht zu einem befriedigenden Ergebnis führen, so soll der Teil, der sich benachteiligt fühlt, das Recht haben, den vorliegenden Vertrag mit sechswöchiger Frist vom Tage des Eingangs der Kündigung an gerechnet zu kündigen.

Gemäss Art. 1 des Wirtschaftsabkommens werden die aus Deutschland stammenden Waren nach dem Grundsatz der Meistbegünstigungsklausel behandelt, d. h. dass sie für die Dauer des Vertrages die niedrigsten Zölle geniessen, die irgend einem Handelsvertragsstaate zuerkannt wurden oder werden, selbstverständlich im Rahmen der geltenden Handelsverträge.

Dies betrifft die vom 20. November d. Js. an zur Zollabfertigung angemeldeten Waren, und die vorher angemeldeten nur dann, falls die Zollbezahlung nach dem im Art. 116 des Zollrechts vorgesehenen Termin erfolgt:

Anmerkung: Art. 116 lautet:

1) Die Partei ist verpflichtet, die vom Zollamt bemessenen Zollgebühren binnen 14 Tagen nach dem Tage der Feststellung des Ergebnisses der Zollrevision zu entrichten.

2) Im Falle der Erhebung einer Beschwerde gegen die Anwendung des Zolltarifs beginnt die Frist, in welcher die Partei zur Entrichtung der Zollgebühren verpflichtet, am folgenden Tage nach dem Tage, an welchem die Entscheidung der Zollbehörden rechtskräftig geworden ist.

Der Begriff des Warenursprungs aus dem Deutschen Reich wird auf Grund der Bestimmungen des Art. 19 des Zollrechts sowie des § 12. der Ausführungsbestimmungen zu diesem festgelegt.

Anmerkung: Art. 19 lautet:

- 1) Über das Ursprungsland der Ware entscheidet ihre Herkunft,
- 2) Herkunftsland von Naturfrüchten ist das Land, in dem die Früchte gezogen, gesammelt, gefördert oder in anderer Weise erhalten wurden,
- 3) Herkunftsland von Fertig — oder Halbfabrikaten ist das Land, in dem die Waren erzeugt wurden,
- 4) Herkunftsland der im Abs. 2 und 3 erwähnten und in einem anderen Land veredelten Früchte und Erzeugnisse ist das Land, in welchem die Früchte und Waren Gegenstand vervollkommener Bearbeitung oder Umarbeitung waren und dadurch wesentlich verändert wurden. Die Grenzen der das Ursprungsland der Ware verursachenden Veränderung bestimmt der Finanzminister im Einvernehmen mit dem Minister für Handel und Gewerbe.

Anmerkung: § 12 lautet:

1) Naturerzeugnisse und Erzeugnisse, die in einem Lande hergestellt, dagegen in einem anderen Lande bearbeitet oder verarbeitet werden, gelten als aus dem Lande stammend, in welchem die Bearbeitung oder Verarbeitung erfolgt ist, wenn mindestens 50% des Gesamtwertes der Ware nach erfolgter Bearbeitung oder Verarbeitung auf die Kosten des Arbeitslohnes und der aus dem Lande, in welchem die Bearbeitung oder Verarbeitung vorgenommen wurde, stammenden Materialien entfallen.

2) Die Verbesserung der Gegenstände, die in einem dritten Lande vorgenommen wurde, entscheidet nicht über ihre Herkunft.

Die Waren, die aus Deutschland stammen und in der Anlage B zum Wirtschaftsabkommen genannt sind, geniessen die in der Anlage angegebenen Konventionälzölle, es sei denn, dass infolge der Meistbegünstigung niedrigere Zölle in Frage kommen. Hierbei ist zu beachten, dass bei der Anwendung der konventionalen Ermässigungen für die Gummiwarenerzeugung Pos. 397 aus Pkt. 12 und aus Pos. 490 Pkt. 2 Ursprungszeugnisse nach den allgemeinen Bestimmungen zu verlangen sind, da die von der Wirtschaftsgruppe chemischer Industrie in Berlin beschleunigte Faktura Ursprungszeugnisse nicht ersetzt.

Der Ursprung der Ware aus dem Deutschen Reich wird auf Grund der Rundschreiben vom 28. Mai 1935 L. D. IV. 16979/3/35 (Dz. Urz. Min. Sk. Nr. 15. Pos. 361, dessen Vorschriften den Bestimmungen des Wirtschaftsabkommens mit Rundschreiben vom 14. November 1935 L. D. IV. 30521/3/35 Dz. Urz. Min. Sk. Nr. 32. Pos. 720, Monitor Polski Nr. 265. Pos. 330) angepasst sind, festgestellt.

### Wichtige Abänderungen der Steuergesetze.

Im Dzienik Ustaw R. P. Nr. 85 vom 24. 11. 1935 sind 2 Dekrete des Staatspräsidenten veröffentlicht, welche sich mit der Abänderung des Einkommensteuergesetzes und des Gesetzes über die Erhebung von Verzugszinsen befassen. In der nächsten Nummer der W. K. werden wir Gelegenheit nehmen, diese beiden Dekrete ausführlich zu behandeln.

Die im Art. 9 des Abkommens vorgesehenen Zollbefreiungen im Vermerkverfahren erfolgten auf Grund der Genehmigungen der zuständigen Zollbehörden (z. B. Finanzministerium), falls für diesen Fall Genehmigungen der Behörde gemäss den Vorschriften des Zollrechtes und seinen Ausführungsbestimmungen verlangt werden.

Die Bestimmungen des Art. 9 g des Abkommens bezüglich Proben und Mustern, sowie des Schlussprotokolls zu diesem Artikel decken sich mit Bestimmungen des Zollrechtes und seiner Ausführungsvorschriften / § 75 /.

Die Einfuhr handelsüblicher Muster und Proben von Waren, die wirtschaftlichen Einfuhrverboten unterliegen, bedarf keiner Einfuhrbewilligung, sofern auf sie die Bedingungen des Art. 10 Abs. 3 des internationalen Abkommens über die Vereinfachung der Zollförmlichkeiten vom 3. November 1923 zutreffen. Soweit es sich nicht um Muster u. Proben von Nahrungs- und Genussmitteln handelt oder um solche, die nur zum Gebrauch als Muster und Proben geeignet sind, müssen sie innerhalb einer Frist von 12 Monaten wieder ausgeführt werden.

Soweit Muster und Proben wieder ausgeführt werden müssen, ist bei der Eingangsabfertigung neben der Sicherstellung etwa fällig werdender Abgaben eine weitere Sicherheit in Höhe des angemeldeten und vom Eingangszollamt anerkannten Wertes der Ware zu leisten.

Waren aus Edelmetallen, welche von Reisenden als Muster im Vermerkverfahren eingeführt wurden, sind auf Verlangen vom Punzierungszwang zu befreien, wenn entsprechende Sicherstellung geleistet wird, welche bei Silberwaren das Doppelte, bei Gold- und Platinwaren das Vierfache des Zollbetrages nicht übersteigen darf.

Werden die Muster nicht rechtzeitig wieder ausgeführt, so verfällt die hinterlegte Sicherheit unbeschadet der durch die Gesetzgebung vorgesehenen Strafen. Diese Vorschrift wird auch auf andere Handelsvertragsstaaten im Rahmen der diesen Staaten zuerkannten Meistbegünstigung angewandt.

Gemäss Art. 1 des Schlussprotokolls werden die im Inlande nicht hergestellten Maschinen und Apparate, sofern sie auf Grund von Genehmigungen des Finanzministers gemäss den Bestimmungen über Zollermässigungen und Zollbefreiungen Zollvergünstigungen geniessen, bei der Einfuhr einem Zoll in Höhe von 20% unterliegen an Stelle der lt. Verordnung für die Positionen aus den Gruppen 67, 68, 69 und 73 des polnischen Zolltariffs vorgesehenen Norm von 35% (im Inlande nicht hergestellte Maschinen und Apparate für Produktionszwecke). Eine Ausnahme bilden Textilmaschinen und -apparate (aus Gruppe 67), welche einem autonomen Zoll in Höhe von 10% des in der Spalte 2 des polnischen Zolltariffs vorgesehenen Zolles unterliegen. Dies wird im übrigen jedes Mal in der Genehmigung des Finanzministeriums besonders hervorgehoben.

Auf Grund der deutschen Waren zuerkannten Meistbegünstigung und auf Grund der Bestimmungen des Schlussprotokolls geniessen unechte Bijouteriewaren aus Position 1258 des polnischen Zolltarifs Konventionszölle, d. h. gegenwärtig aus dem polnisch-tschechoslowakischen Handelsvertrag bzw. auf Grund eines anderen Vertrages, falls sie bei der Einfuhr mit einer von der Industrie- und Handelskammer in Idar-Oberstein, Frankfurt a. Main, Hanau, Heilbronn, Pforzheim, Schwäbisch-Gmünd ausgestellten und von dem zuständigen polnischen Konsulat visierten Bescheinigung versehen sind, dass die erwähnten Waren im Bereiche der betreffenden Industrie- und Handelskammer hergestellt werden.

Die auf Grund des Art. 11 Abs. 2 des Abkommens zur Ausstellung von Ursprungszeugnissen neben den Zollämtern befugten deutschen Wirtschaftsinstitutionen (Industrie- und Handelskammern, Hauptabteilung II der Landesbauernschaften, Ausschussstelle, Handwerkskammern) sind kei-

ne Staatsbehörden, weshalb die von ihnen ausgestellten Ursprungszeugnisse von den polnischen diplomatischen oder konsularischen Vertretungen in Deutschland visiert werden müssen.

Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende des einen vertragsschliessenden Teiles, die durch eine von den Behörden ihres Landes ausgestellte Ausweiskarte nachweisen, dass sie in dem Staat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, zur Ausübung ihres Handels oder ihres Gewerbebetriebes berechtigt sind, und dass sie dort die gesetzlichen Steuern und Abgaben entrichten, sollen



befugt sein, selbst, oder durch in ihrem Dienste stehende Reisende unter Beobachtung der vorgeschriebenen Förmlichkeiten, in dem Gebiet des anderen Teiles bei Kaufleuten oder in offenen Verkaufsstellen oder bei Personen, welche die Waren gewerbmässig erzeugen, Wareneinkäufe zu machen. Sie können ferner bei Kaufleuten oder bei anderen Personen, in deren Gewerbebetrieb Waren der angebotenen Art Verwendung finden, Bestellungen suchen, und sind berechtigt, Warenproben und Muster, jedoch keine Waren mitzuführen. Wegen der in diesem Absatz bezeichneten Tätigkeit werden sie keine besonderen Abgaben zu entrichten haben.

Die Ausweiskarten müssen dem Muster entsprechen, das in dem am 3. November 1923 in Genf unterzeichneten internationalen Abkommen über die Vereinfachung der Zollförmlichkeiten aufgestellt ist. Ein konsularischer oder anderer Sichtvermerk wird für diese Ausweiskarte nicht gefordert.

Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung auf den Gewerbebetrieb im Umherziehen, auf den Hausierhandel, und auf das Aufsuchen von Bestellungen bei Personen, die weder Handel noch ein Gewerbe betreiben. Die vertragsschliessenden Teile behalten sich in dieser Hinsicht volle Freiheit ihrer Gesetzgebung vor.

Die unten genannten Gegenstände werden von jedem der vertragsschliessenden Teile unter der Bedingung der Wiederausfuhr oder der Wiedereinfuhr sowie der Sicherstellung etwa fällig werdender Abgaben und unter Vorbehalt der erforderlichen Aufsichtsmaßnahmen frei von jeder Ein- und Ausgangsabgabe gelassen:

a) Werkzeuge, Instrumente und mechanische Geräte, die ein Unternehmer des einen in das Gebiet des anderen vertragsschliessenden Teiles einführt, um dort durch sein Personal Montierungs-, Versuchs-, Ausbesserungs-, oder ähnliche Arbeiten vornehmen zu lassen, gleichviel ob die genannten Gegenstände durch Versendung eingeführt oder durch das Personal selbst eingebracht werden;

b) Gegenstände zur Ausbesserung;

c) gebrauchte handelsübliche Umschliessungen aller Art sowie Schutzdecken und andere Verpackungsmittel, auch Webebäume, Holz- und Papprollen, die aus dem Gebiet des einen in das Gebiet des anderen vertragsschliessenden Teiles zum Zwecke

der Ausfuhr von Waren eingeführt oder, nachdem sie nachweislich dazu gedient haben, aus dem Gebiet des anderen Teiles wieder zurückgebracht werden;

d) Maschinenteile zum Ausprobieren;

e) Waren, (mit Ausnahme von Verzehrungsgegenständen), welche auf Ausstellungen, Märkte oder Messen gebracht werden;

f) Möbelwagen und Möbelkästen, die über die Grenze zu dem Zweck gebracht werden, Gegenstände aus dem Gebiet des einen in das Gebiet des anderen vertragsschliessenden Teiles zu befördern, auch wenn sie auf der Rückreise eine neue Ladung tragen, gleichgültig an welchem Ort diese neue Ladung aufgenommen worden ist, nicht aber, wenn sie inzwischen zu reinen Inlandtransporten verwendet worden sind, beide Beförderungsmittel einschliesslich des zum üblichen Gebrauche während der Beförderung dienenden Zubehörs und bei Gewährung einer Frist für die Wiederausfuhr von 6 Monaten;

g) Warenproben und Muster nach Massgabe des am 3. November 1923 in Genf unterzeichneten internationalen Abkommens über die Vereinfachung der Zollförmlichkeiten bei Gewährung einer Frist für die Wiederausfuhr von 12 Monaten.

Jeder der vertragsschliessenden Teile wird Behörden bezeichnen, die befugt und verpflichtet sind, auf Verlangen verbindliche Auskunft über Zolltarifsätze und die Tarifierung bestimmt bezeichneter Waren zu geben.

Jeder der vertragsschliessenden Teile verpflichtet sich, im Rahmen seiner Gesetzgebung alles Erforderliche zu tun, um die Boden- und Gewerbeerzeugnisse des anderen vertragsschliessenden Teiles jeder Art unlauteren Wettbewerbes im Handelsverkehr zu schützen.

Gemäss Art. 6 des Abkommens verpflichtet sich, für den Fall, dass einer der vertragsschliessenden Teile genötigt sein sollte die Ein- oder Ausfuhr von Waren zu verbieten oder zu beschränken, dieser die Interessen des anderen Teiles soweit wie möglich zu berücksichtigen. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Ein- und Ausfuhrverbote oder -Beschränkungen die erlassen werden

a) aus Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit;

b) aus Rücksicht auf die öffentliche Gesundheit oder zum Schutze von Tieren oder Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge, sowie von Pflanzen gegen Entartung und Aussterben, vorbehaltlich der Bestimmungen der Anlage C;

c) in Beziehung auf Waffen, Munition und Kriegsgüter und unter ausserordentlichen Umständen auf anderen Kriegsbedarf;

d) in Beziehung auf Waren, die im Gebiet eines der vertragsschliessenden Teile den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden oder bilden werden, ferner zu dem Zweck, für fremde Waren alle anderen Verbote oder Beschränkungen durchzuführen, die durch die innere Gesetzgebung für die Erzeugung, den Vertrieb, die Beförderung oder den Verbrauch gleichartiger, einheimischer Waren im Inland festgesetzt werden;

e) zum Schutze des künstlerischen, historischen, oder archäologischen Nationalbesitzes.

Der zweite Vertrag ist ein Clearingabkommen mit dem Titel Abkommen über die Zahlungen im Warenverkehr zwischen der Republik Polen und dem Deutschen Reich (polnisch - deutsches Verrechnungsabkommen).

Infolge der Devisenreglementierung in Deutschland wurde die Frage der Bezahlung der Waren in der Weise geregelt, dass Zahlungen für den Import sowohl in Polen wie auch in Deutschland ausschliesslich auf besondere Clearingkonten erfolgen, mit Hilfe deren die den Exporteuren für die Exportware zustehenden Beträge ausgezahlt werden.

Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens an haben also sämtliche Zahlungen für aus Deutschland importierte Waren und zwar ohne Rücksicht darauf, ob es sich um einfuhrverbotene oder einfuhrfreie Artikel handelt, auf das Spezialkonto in Polen zu erfolgen und dürfen in keinem Falle an die deutschen Exporteure direkt überwiesen werden. Auch beim Export aus Polen werden



Beseinigung verlangt werden darüber, dass der Export im Rahmen des Abkommens in Übereinstimmung mit seinen Vorschriften erfolgt, damit wird bezweckt, dass gerade diejenigen Artikel ausgeführt werden, die aus national — wirtschaftlichen Gründen besonders in Frage kommen und ferner die Sicherheit gewährleistet ist, dass der Exporteur vom Clearingskonto den Betrag in zloty erhält.

Deshalb ergibt sich die Notwendigkeit, die Export — und Importpläne festzulegen und zu kontrollieren. Mit der technischen Durchführung des Verrechnungsvertrages, der Führung der Konten, der Annahme der Einzahlungen und der Auszahlungen an die Exporteure befasst sich die polnische Kompensationsgesellschaft (Zahan) unter der Kontrolle der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörperschaften sowie eines besonders dazu ernannten Regierungskommissars. Die Aufstellung und Regulierung der Export — und Importpläne ist die Aufgabe einer besonderen Regierungskommission, welche mit den wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörperschaften sowie mit den Exportverbänden und von deutscher Seite ernannten Regierungskommission eng zusammenarbeitet.

Der Export — Importplan wurde bereits versuchsweise bis zum 31. Oktober 1936 festgesetzt und umfasst für den Export sämtliche wichtigen polnischen Waren in erster Linie landwirtschaftliche Artikel wie: Getreide, Schweine, Holz, Gänse, Butter, Eier, Spiritus usw. Industrieartikel, wie: Hüttenerzeugnisse, Zink, Kohlen, Naphthaprodukte etc. Im Exportplan werden ebenfalls die Interessen Danzigs vertreten, was im Einvernehmen mit seinen Vertretern geschieht. Beim Exportplan werden sämtliche Artikel des deutschen Imports berücksichtigt, in einem der gegenwärtigen Marktlage in Polen entsprechenden Umfange.

## Verbandsnachrichten

### W. V. — Vortragsabend

Am 27. d. M. veranstaltete die Wirtschaftliche Vereinigung für Polnisch-Schlesien einen Vortragsabend, der sich mit den aktuellsten Themen, die gegenwärtig zur Debatte stehen, befasste. Nachdem die Versammelten zu den einzelnen Auswüchsen des unlauteren Wettbewerbs Stellung genommen hatten, und Richtlinien festgelegt waren, ergriff der Ge-

schäftsführer der Wirtschaftlichen Vereinigung Dr. Gawlik das Wort und behandelte in seinen Ausführungen zunächst die am 1. Januar 1936 in Kraft tretenden Abänderungen des Einkommensteuergesetzes. Nach kurzer Debatte erfolgte der Vortrag über das eigentliche Hauptthema des Abends, das polnisch-deutsche Wirtschaftsabkommen.

Nach einer statistischen Darstellung über Stand der Handelsbeziehungen beider Länder vor Abschluss der neuen Abkommen behandelte der Vortragende die beiden am 4. d. M. zwischen Polen und Deutschland unterzeichneten Abkommen und zwar zunächst den Hauptvertrag, sodann das Verrechnungsabkommen. Die erschöpfenden Ausführungen vermittelten ein lückenloses Bild der wichtigsten Bestimmungen der beiden Abkommen, sowie der in den Abkommen und den vom Finanzministerium veröffentlichten Rundschreiben vorgesehenen, sowohl für den Importeur wie auch für den Exporteur zu erfüllenden Formalitäten.

Am Schluss seines Vortrages verlas der Redner eine Anzahl Zitate massgebender, polnischer Wirtschaftszeitungen, welche zu den Abkommen kritisch Stellung nahmen. Die nachfolgende Diskussion bewies, dass die beiden Abkommen in verschiedener Hinsicht einer Erweiterung und die bisher erlassenen Bestimmungen einer die gegenwärtig noch bestehenden Unklarheiten völlig beseitigenden Interpretation bedürfen.

Die Teilnahme von Vertretern sämtlicher Wirtschaftszweige an diesem Diskussionsabend liess wiederum deutlich die Notwendigkeit einer sachgemässen Information der Wirtschaftskreise in Form derartiger Vorträge deutlich erkennen, weshalb die Wirtschaftliche Vereinigung den Wünschen der Teilnehmer entsprechend nunmehr in kurzen Abständen ähnliche Vortragsabende veranstalten wird, auf die bereits jetzt hingewiesen sei.

### Verein selbst. Kaufleute, Siemianowice

Am 25. d. Mts. fand die Monatsversammlung des Vereins unter Vorsitz von Herrn Nitsche statt. Als Referent des Abends behandelte Dr. Gawlik von der Wirtschaftlichen Vereinigung im wesentlichen die gleichen Themen wie an dem weiter oben eingehend dargestellten Diskussionsabend der W. V.

### Geschäftsoffenhaltung

Der Verein selbst. Kaufleute e. V., Katowice,

gibt seinen Mitgliedern bekannt, dass die Geschäfte am Sonntag, den 1. Dezember cr. von 13—18 Uhr offengehalten werden dürfen.

## Steuern / Zölle / Verkehrstarife

### Nichtabziehbare Posten der Einkommensteuer.

Bei dem Obersten Verwaltungsgericht wurde vor kurzem mit Urteil Nr. 6839/33 eine für Hausbesitzer wichtige Entscheidung gefällt. Es handelt sich hierbei um den Streitfall, ob Neuanlagen von Verbindungen mit dem Wasserleitungsnetz und der Kanalisation und Umarbeitungen von bereits bestehenden Anlagen, um diese mit dem städtischen Netz zu verbinden, von der Einkommensteuer abziehbar sind oder ob sie, wie die Behörden angenommen haben, eine Investitionsanlage zur Besserung der Einnahmequellen bedeuten und dann nicht von der Einkommensteuer abgezogen werden dürfen.

Der klagende Hausbesitzer berief sich in seinem Antrag auf den Umstand, dass die strittige Ausgabe nur auf Veranlassung der Behörden erfolgte, die unter Berücksichtigung der Verfügung des Präsidenten vom 15. Februar 1928 Dz. U. R. P. Nr. 5. Pos. 142 einen Anschluss des betreffenden Hauses an die örtlichen Wasser und Kanalisationsnetze verlangten, auf der anderen Seite spricht jedoch die Tatsache mit, dass in diesem Hause bereits eine besondere Regelung der Wasser- und Kanalisationsfrage bestand, die den Ansprüchen der Hausbewohner vollauf genügte. Wenn man diese Umstände betrachtet, so müssten eigentlich die Ausgaben für die Neuanlagen, die doch unter einem gewissen Zwang erfolgt sind, von der staatlichen Einkommensteuer abziehbar sein. Dieser Ansicht schloss sich jedoch das Oberste Gericht nicht an. Die Verbindung des betreffenden Grundstückes mit dem öffentlichen Wassernetz dient ja schliesslich zur Verbesserung der hygienischen Bedingungen des Grundstückes und stellt im Sinne des Art. 8 Punkt 1 des Einkommensteuergesetzes eine Verbesserung der Einnahmequellen dar.

In dieser Beleuchtung ist es für die Qualifizierung der Ausgaben für derartige Einrichtungen vollkommen gleichgültig, dass sie auf Grund besonderer rechtlicher Vorschriften ausgeführt werden müssen. Aus diesem Grunde hat das Oberste Verwaltungsgericht den Hauseigentümer mit seiner Klage abweisen müssen.

## Arnold Zweig: Erziehung vor Verdun

(Quercido Verlag, Amsterdam)

Gleichzeitig mit dem bisher lediglich als Bühnenmanuskript (Vertrieb Max Pfeffer, Wien) vorliegenden Drama: *Ronaparte in Saffi* erschien vom gleichen Autor der Roman: *Erziehung vor Verdun*, wie der Umschlagandruck lakonisch zu Recht besagt, „der seit langer Zeit erwartete Band des Grischazyklus“. Der Streit um den Sergeanten Grischka, jene nobelpreiswürdige, dichterische Frucht von Arnold Zweigs ebendarm nicht in Aeonen untergehenden Frontkämpfertagen hat uns an dieser Stelle immer wieder eingehend als Roman und in dramatischer Abwandlung, bzw. Urform beschäftigt. Gelegentlich der Fortsetzung „Junge Frau von 1914“, die allerdings zeitlich ein Rückwärtsbewegung bedeutete, hatten wir das Epos, nicht nur seiner musikalischen Gliederung wegen, mit Richard Wagners Ring des Nibelungen verglichen, ohne damals, da wir mehr das organische Wachstum des Kunstwerkes vor Augen hatten, das gemeinsame Leitmotiv, den Fluch des Goldes, besser Kapitalismus — wie Bernard Shaw ja in seinem Ring-Kommentar Wagners Werk gleichfalls auffasst, — herauszumischen. Das Bindeglied zwischen der Jungen Frau 1914 und dem Streit um den Sergeanten Grischka stellt nun der in jedem Sinne grosse Roman: *Erziehung vor Verdun* dar. Geplant ist als Abschluss der Tetralogie: *Der Grosse Krieg der Weissen Männer*, die ursprüngliche Trilogie des Übergangs heissen sollte: *Einsetzung eines Königs*, die wohl das vordem verheissene Vorspiel: *Aufmarsch der Jugend*, involvieren dürfte.

Wiederum, wie im Grischka, findet in *Erziehung vor Verdun* das grosse Duell, richtiger der ewige Kampf zwischen Gewalt und Menschlichkeit, Materie und Geist, dem guten und dem bösen Prinzip, statt. Im Mittelpunkt steht der „Schipper“, vordem Referendar, Werner Berlin, der begeistert in den Krieg zog im Glauben an die gerechte Sache, der der Einsatz gelte. Disziplinwidrigerweise hat er gegen die ausdrückliche Dienstweisung aus Mitleid in seinem eigenen, bleichernen Speisnapf einem erschöpften, französischen Kriegsgefangenen einen Trank Wasser gereicht, und um dieser barmherzigen Samaritertat willen muss er schwer büssen. Tragischer als sein eigenes Schicksal verläuft freilich das des jungen ihm nur für wenige Stunden sich freundschaftlich eröffnenden Unteroffiziers Christoph Kroysing, der von gleichem Impuls getrieben, um Missstände zu beheben, unter denen infolge von Korruption die ihm anvertrauten Mannschaften liden, sich beschwerdeführend an das Kriegesgericht wenden will, und darum, zumal diese Absicht vorzeitig bekannt wird, ein Todesurteil erhält, das mit 100 Zügen Schuss bewirkt. Wie werden nun zu innerlichst beteiligten Zeugen der Wirkung, die dieses „kleine“ Verbrechen innerhalb des grossen, organisierten Weltmordens auf 2 Menschen ausübt: Den Bruder Christophs, Ingenieur und Leutnant Eberhard Kroysing, einen prachtvoll-sauberen Menschen, der, ohne das Ding auf

den Grund zu sehen, seinen kleinen Privatkrieg gegen den schlimmen Auftraggeber, Rentamtman und Hauptmann Niggel sowie gegen „den Franzmann“ zu führen bemüht bleibt, bis der Leutnant von einer fehlgegangenen Fliegerbombe schliesslich im Lazarett dahingerafft wird — andererseits auf Berlin, der auf preussischen Schulen und Universitäten erzogen, von geradezu fritzischem Pflichtbewusstsein erfüllt, wachgerüttelt durch mannigfache Erlebnisse unter Assistenz des berliner Setzers Wilhelm Pahl endlich zu der Erkenntnis gelangt, dass das System faul, die Gesellschaftsordnung brüchig, schuld an allem Elend sei, als da heissen: Kapitalismus, Imperialismus, die zwangsläufig in Krieg (um die Rohstoffmärkte) münden müssen, wenn sie sich im Endkampf auch pseudo-revolutionär faschistisch tarnen mögen, um eben darum wiederum in den völkermordenden Krieg zu desertieren.

Hier wird kein Einzelner, kein Volk, keine Mächtigkeitsgruppe angeklagt. Nicht „der Kaiser“, „der Kronprinz“, dem ungemein objektiverweise durchaus sympathische Züge abgewonnen werden, „die Generale“, „die Offiziere“ sind schuld. Aus beider Kreis begegnen wir, wie bereits im Grischka, Typen aristokratischster preussischer Prägung, menschlichster Haltung, dass uns ab solcher Noblesse von Darstellung und Dargestellten das Herz aufgeht. Welch einen Zug der Opfer haben wir am Ende gleichsam als mittrauernde Hinterbliebene zu beklagen: Die Leutnants von Roggströh und Eberhard Kroysing, den Franziskanerpater Lochner und den kleinen Unteroffizier, (hernach Vicefeldwebel) Primaner und jüdischen Kriegsfreiwilligen Süßmann, ihm im Range gleich Christoph Kroysing, wie den Setzer Wilhelm Pahl, sowie all die anderen, geradezu brüderlichen Gefährten Bertins aus allen Schichten und Bekenntnissen Deutschlands.

Arnold Zweig hat hier ein sehr deutsches Buch geschrieben, durchglüht von unauslöschlicher Liebe zum wahren Deutschland, deutscher Kultur, der er sich bis in den Tod unloslich verbunden fühlt in all seiner Zeit je durchaus bewussten, jüdischen Substanz. Man darf dieses Werk ruhig meistlich nennen, denn das ist es abgesehen von seiner Grundhaltung, den Konflikt, die es gestaltet, seiner dramatischen Bildung wegen (Arnold Zweig hat bekanntlich Heinrich von Kleist einen seiner leuchtendsten Essays gewidmet), und an Fontane, den anderen im Geiste adeligen Preussen wird man gemahnt, wiederum des märkischen Geistes, wie des langen Atems des berufenen Erzählers wegen. Alles Erdtöne wird verflärt durch die Dreck und Blut magisch überwölbende Landschaft, das begnadete Kreatürliche, das, vom Odem des Schöpfers beseelt, Arnold Zweig faszinierend zu bilden weiss auf unwägbarer Art. Wie er mit der Art der Generalstabiers den ganzen Mechanismus Krieg, den militärischen Apparat präzisionsgetreu rekonstruiert und abrollt, so umschwebt die Aura der Dichtung die hingemordete und dennoch unsterbliche Natur, Gottes Schöpfung. Und sein Ebenbild, der Mensch, strahlt hier in einigen Erscheinungen

derart zauberhaft, dass man, auf die Gefahr hin, missverstanden zu werden, schliesslich aussagen darf (was gelitten ist, beschwichte...), *Erziehung vor Verdun* sei neben allem Exemplarischen und Grandiosen von einer wunderbaren Süsse erfüllt, wie sie ähnlich noch gewisse Gestalten aus Pont und Anna, de Wiendt kehrt heim, Junge Frau von 1914 atmen. (Sagt, ist es Liebe...)

Wir danken dem Dichter Arnold Zweig aus innerster Erschütterung für dieses kostbare Geschenk, das uns seit Wochen bewegt, ohne dass wir darum heute bereits „damit fertig“ wären, es je vergessen könnten.

## Filme

Ein unvergleichliches Bild-Dokument bedeutet der nach bisher geschlossenen Archiven aller europäischen Staaten hergestellte Bericht aus der infernalischen Wirklichkeit: *Morgen wieder Krieg?* Diese Reportage besteht teilweise aus alten, bis zum Beginn dieses „gesegneten“ Jahrhunderts reichenden Wochenschauen, gleichsam die Ouverture bildend, um hernach kaum je derart nackt gezeigte Originalaufnahmen aus dem Weltkrieg aus Hinterland und Front zur Schau zu stellen. Man sieht nicht nur paradeabnehmende, ordenausstellende Monarchen und Heerführer, grosses Kaspertheater auf gespenstische Art, sondern die Kamera hat Land- und Seegefechte festgehalten, Absturz brennender Flugzeuge, Sinken torpedierter Kreuzer, Sturmangriffe und Hingemähtwerden von Mannschaften durch Maschinengewehre. Das alles ist nicht von „grossen Regisseuren“ gestellt, das ist blutigste Wahrheit, das „lebt“ sozusagen seinen Totentanz, und das droht morgen wieder in 1000-fach gesteigertem Schrecken dank den „Fortschritten der Technik“, wenn die Fehlerquelle im System nicht noch im letzten Augenblick beseitigt wird, uns alle auszurotten. Ein Filmwerk von epochaler Bedeutung (Capitol).

Den Durchschnitt überragend, ja in künstlerische Bezirke vorstossend Höhe Schule. Das Drehbuch ist ausgerechnet, weitab von der Schablone, die Regie Erich Engels einfallsreich, atmosphärisch dicht in allen Ausstrahlungen: Sowohl Wien, wie Manege, alte und neue Zeit einander überschneidend, sind glänzend aufgefangen, alles unverkittet (im Gegensatz zu der selbst von Fachtheoretikern unverständlicherweise masslos überschätzten *Eplade*), hervorragend symptomatisch gleich eingangs die mittlere wirbelnde Zirkusphosphorantage, legitimste, durchhaltende dramatische Spannung. Ganz gross Rudolf Forsters Eitmeleier von Werfen, ein alleis durch Gang und Haltung unverwechselbarer Eindruck, mimisch sprachlich nobelste Charakterisierungskunst höchstens Formels, gewissermassen Basermann-Nachfolge auf persönlichste Art. Sehr angenehm die Bekanntschaft mit seiner Partnerin, Angela Salloker. Ein Antlitz, das bewegt und darum haftet. Herrlich Hans Mosers menschlicher Humor. Seit Liebele (wenn auch in Adolant) der künstlerisch stärkste Filmindruck. (Rüste).

